



# Wissenswertes

Rentenberatungsbüro Hauptmann Postfach 1260, 53334 Meckenheim  
Tel. 02225 - 10787; Fax: 02225 - 10999

Ausgabe November 2008

## Aktuelle Informationen und Neuigkeiten für Rechtsanwälte im Fachbereich Familienrecht

Wenn im Versorgungsausgleichsverfahren Auskünfte von **betrieblichen** Versorgungsträgern (**privatrechtlich organisierte**) von den Familiengerichten einzuholen waren, so hatten die Betriebe bzw. die Versorgungsträger bisher nach derzeitig noch gültigem Recht lediglich die Aufgabe, die Höhe der zukünftigen Rente richtig zu ermitteln, die Frage der Dynamik richtig zu beantworten und die Dauer der Betriebszugehörigkeit richtig anzugeben.

Allerdings waren eine Vielzahl von Auskünften **falsch** und weder das Familiengericht noch die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte haben geprüft bzw. prüfen können, ob die Auskunft in Bezug auf diese drei Positionen richtig war. **Der Regelfall war, dass weder ein Berechnungsvorgang der Auskunft beigefügt war noch dass mitgeteilt wurde, wie die Betriebsrente in den letzten 10 Jahren dynamisiert wurde – und kaum jemand hat dies beanstandet -.**

Wenn auf der Grundlage falscher Angaben/Auskünfte der Ausgleich der Betriebsrente falsch durchgeführt wurde konnte man immer noch sagen: Macht nichts, dies kann man spätestens bei Rentenbeginn ändern.

**Dies ändert sich im neuen Recht gewaltig.** Zum einen müssen die Versorgungsträger den Ehezeitanteil in Form eines Rentenbetrages oder eines Kapitalbetrages und – sofern die Versorgung als Rente gezahlt wird – eines korrespondierenden Kapitalbetrages errechnen. Außerdem muss der Versorgungsträger dem Familiengericht einen **Vorschlag für die Bestimmung des Ausgleichswerts** unterbreiten. Nach neuem Recht muss „**nachvollziehbar**“ – vor allem für das Gericht – dargelegt werden, wie der Versorgungsträger den Ehezeitanteil bzw. den Ausgleichswert ermittelt hat. Auf der Grundlage dieses Ausgleichswertes hat das Gericht zu prüfen, ob es den Ausgleichswert „akzeptiert“. Dabei hat das Gericht die Berechnung zu prüfen, da nach § 220 Abs. 3 FamFG-VAE der Versorgungsträger **verpflichtet** ist, **die Ausgleichswerte bzw. die korrespondierenden Kapitalwerte einschließlich einer übersichtlichen und nachvollziehbaren Berechnung mitzuteilen**. Auch kann das Gericht von Amts wegen oder auf Antrag eines Beteiligten den Versorgungsträger auffordern, die Einzelheiten der Wertermittlung zu erläutern.

Diese **Prüfung** durch das Gericht (ich befürchte, dass sich die Familienrichterinnen und Richter damit schwer tun) aber auch durch die Bevollmächtigten **ist von enormer Bedeutung, da die auf der Grundlage dieses Vorschlages ergangene VA-Entscheidung nicht mehr geändert werden kann,** Nach § 225 Abs. 1 FamFG-VAE ist eine Abänderung des Wertausgleichs nur für Anrechte im Sinne von § **32 VersAusglG-E** zulässig. In § 32 VersAusglG-E ist allerdings die Betriebliche Altersversorgung nicht aufgeführt, **so dass ein falscher Ausgleich bezüglich der Betriebsrente NICHT mehr korrigiert werden kann.**

Das bedeutet, dass beim Ausgleich von Betriebsrenten die Prüfung **JEDER** Auskunft dringend anzuraten ist. Ob die Familienrichterrinnen und Richter sich so schnell mit dem neuen Recht identifizieren bzw. ob sie versicherungsmathematische Berechnungen kontrollieren wollen bzw. können oder nur „normale“ Berechnungen kontrollieren können, vermag ich nicht zu sagen. Während der Versorgungsausgleich nach derzeitigem Recht in vielen Fällen keine große Schwierigkeiten bereitet und nach dreißig Jahren geltendem Recht Routine eingeleitet ist, müssen ALLE (Familienrichter, Gerichte, Rechtsanwälte) sich mit dem neuen Recht beschäftigen, was sicherlich wesentlich mehr Zeit (pro Verfahren) benötigt als bisher. Wenn dann die Familiengerichte innerhalb von 5 Jahren nach Inkrafttreten des Versorgungsausgleichsgesetzes auch noch die nach § 2 Abs. 1 Satz 2 VAÜG ausgesetzten Verfahren wieder aufnehmen müssen, frage ich mich, wie die Familiengerichte dies ohne zusätzliches Personal (Richterinnen und Richter) schaffen wollen. **Hinzu kommt noch dass die Familiengerichte nach neuem Recht auch für die „Anpassung wegen Unterhalt“ nach §§ 33,34 VersAusglG-E zuständig sind.**

Ich will allerdings nicht „den Teufel an die Wand malen“ sondern sachlich informieren und freue mich, am 7. und 8. 11 in Berlin beim Darmstädter Kreis wieder viel Neues zum neuen Recht zu erfahren. Vor allem wäre es wichtig zu wissen, was die Betrieblichen Versorgungsträger konkret machen müssen. Mir sind noch keine „Ausführungsbestimmungen“ o.ä. bekannt. Auch gibt es vermutlich noch keine neuen Vordrucke, so dass die betrieblichen Versorgungsträger mit der „Umsetzung der auf sie zukommenden Neuregelungen“ noch nicht – richtig - anfangen können. Oder sehe ich das falsch??

Viele Grüße aus Meckenheim sendet Ihnen *Wilfried Hauptmann*